



## Presseinformation

Nr. 413 / 2012

Kiel, Mittwoch, 31. Oktober 2012

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Christopher Vogt, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Landtag / Wirtschaftsausschuss

### Christopher Vogt: Der neue politische Stil der Koalition ist offenbar die Arroganz der Macht

Zur heutigen (31. Oktober 2012) Ablehnung einer schriftlichen Anhörung des Wirtschaftsausschusses zu einem Antrag über die zukünftige Verwendung der GVFG-Mittel (Drucksache 18/144) durch die Koalitionsfraktionen erklärt der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Wie bereits andere wichtige Vorhaben hat die Koalition heute auch ihre Ankündigung aus dem Koalitionsvertrag beerdigt, einen offenen und konstruktiven parlamentarischen Umgang mit der Opposition zu pflegen. Es ist sehr bedauerlich, dass die Arbeit der Ausschüsse von SPD, Grünen und SSW nun offenbar massiv einschränkt werden soll, wenn sie befürchten müssen, dass die Ergebnisse von Anhörungen für sie unangenehm werden.

Die Frage der zukünftigen Verteilung der GVFG-Mittel auf Straße und Schiene ist angesichts der großen verkehrspolitischen Herausforderungen in unserem Land eine sehr wichtige Entscheidung, die wir gern intensiver mit den betroffenen Kommunen und Verbänden beraten hätten. Dass wir nun noch nicht einmal im parlamentarischen Verfahren nach deren Meinung fragen dürfen, ist mehr als peinlich für die Dänen-Ampel. Bereits das von der Koalition geplante Verfahren zur Aufstellung des Haushaltes ist eine einzige Zumutung für jeden Parlamentarier.

Dass jetzt aber auch schriftliche Anhörungen ohne jede sachliche Begründung weggebügelt werden, ist ein unglaublicher Vorgang, der das Verhältnis zwischen Koalition und Opposition im Parlament nachhaltig stören wird. Die Nervosität in den Reihen von Rot-Grün-Blau ist nach wenigen Monaten bereits größer als die eigenen Ansprüche an die Dialogbereitschaft.

Damit missachtet die Koalition nicht nur fundamentale Rechte der Opposition, sondern sie brüskiert ebenfalls die Betroffenen, deren Bedenken und Anregungen nur noch ins parlamentarische Verfahren Eingang finden sollen, wenn es die Koalition in ihrer Gnädigkeit zulässt. Mit dem heutigen Verhalten dokumentiert die Koalition die Arroganz der Macht“, so Vogt abschließend.